



BESCHLUSSPROTOKOLL

der 17. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der X. Wahlzeit
am Montag, den 18.11.2013, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 17:06 Uhr bis 21:24 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzender

Manfred Gönsch

CDU

Dr. Frank Ausbüttel
Jürgen Banzer
Dietrich Bube
Dr. Nicole Demme
Matthias Drexelius
Alexandra Ernst
Dr. Paul-Stefan Freiling
Madeleine Funke
Alexander Hees
Klaus Hoffmann
Heidrun Kaunzner
Gerd Krämer
Günter Krause
Karen Löw
Bettina Mertgen
Katja Metz
Andreas Moses
Susanne Odenweller
Roland Seel
Gregor Sommer
Irina Sperling
Mathias Völlger
Matthias Wenzel

SPD

Hans-Georg Brum
Beate Denfeld
Rosi Gottschalk
Birgit Hahn
Gabriele Klempert
Aribert Oehm
Thomas Papadopoulos
Astrid Schatta
Rebecca Schmidt
Dr. Stephan Wetzel

bis TOP 3.3 (19:30 Uhr)

GRÜNE

Jutta Bruns
Horst Burghardt bis TOP 3.3 (19:30 Uhr)
Laura Burkart
Norman Dießner
Gerhard Drexler
Ellen Enslin bis TOP 3.5 (20:05 Uhr)
Carsten Filges
Norbert Halas
Dietmar Hemmerle
Christina Herr
Dr. Judith Jackson
Lars Keitel
Dr. Sebastian Schaub
Käthe Springer
Doris Staab

FDP

Holger Grupe
Philipp Herbold
Jochen Kilp
Heike Kolter
Dr. Stefan Naas

FWG

Karin Birk-Lemper
Götz Esser
Robert Hohmann
Dr. Christoph Müllerleile

DIE LINKE.

Stefanie Lohnes
Bernd Vorlaeufer-Germer

REP

Kim-Philipp Nowak

PIRATEN

Michael Geurts

Kreisausschuss

Ulrich Krebs
Dr. Wolfgang Müsse
Uwe Kraft
Matthias Bergmeier
Andrea Conrad
Susanne Eichhorn
Hartmut Haibach
Rudolf Kretzschmar

Hans Leimeister
Hadmut Lindenblatt
Hermann Maier
Oscar Müller
Andrea Pfäfflin
Dr. Regina Sell
Bert Worbs

Schriftführer

Michael Frauenstein

Verwaltung

Dr. Arnulf Simon

Entschuldigt

CDU

Holger Bellino
Dr. Dagmar Charrier
Thomas Fischer
Kerstin Giger
Katja Hölzer

SPD

Petra Fuhrmann
Bernhard Schneider
Nico Sturm

FWG

Hellwig Herber

B. Eröffnung

Der Kreistagsvorsitzende Manfred Gönsch eröffnet die 17. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der X. Wahlzeit. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Herr Manfred Gönsch begrüßt die Damen und Herren des Kreistages und des Kreisausschusses, der Presse und die interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Folgende Unterlagen wurden auf den Tisch gelegt:

- Beschlussprotokoll der Sitzung des Kreistages vom 30.09.2013
- Beschlussprotokoll der Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Freizeit vom 28.10.2013
- Beschlussprotokoll der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration vom 30.10.2013
- Beschlussprotokoll der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt vom 31.10.2013
- Beschlussprotokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.11.2013
- fünf Fragen der Kreistagsfraktion GRÜNE
- drei Änderungsanträge der FWG-Kreistagsfraktion; zwei Änderungsanträge der Kreistagsfraktion GRÜNE; einen Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
- Haushaltsplanentwurf 2014 (teilweise)
- Schulbroschüre
- Liste der Tagesordnungspunkte, die ohne Aussprache zur Abstimmung kommen

C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
-----	---------------------------	--------------

1. **Mitteilungen**

1.1. **Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden**

1. Mandatsniederlegung

Frau Bettina Heilmann von der SPD-Kreistagsfraktion hat ihr Kreistagsmandat am 04.11.13 niedergelegt.

Für Sie rückt Frau Rosi Gottschalk aus Grävenwiesbach nach.

2. Fraktionsvorsitzender

Die FWG-Kreistagsfraktion hat einen neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Seit 04.11.13 ist dies Herr Götz Esser.

3. zur Tagesordnung

Folgender Tagesordnungspunkt

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 5.4 | Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Ergänzung Schulentwicklungsplan
„integriertes Konzept für Schulentwicklung“ | 2013/0685/KT |
|-----|--|--------------|

wurde von der Kreistagsfraktion GRÜNE für eine spätere Sitzung zurückgezogen.

Zur Fragestunde wurden fünf Fragen von der Kreistagsfraktion GRÜNE eingereicht.

Außerdem liegen noch drei Änderungsanträge der FWG-Kreistagsfraktion für die Tagesordnungspunkte 3.3, 3.5 und 5.2, ein Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion für den Tagesordnungspunkt 3.5, sowie zwei Änderungsanträge der Kreistagsfraktion GRÜNE für die Tagesordnungspunkte 3.5 und 5.3 vor.

Es wurde vereinbart, folgende Tagesordnungspunkte **ohne Aussprache** zu behandeln:

3. Vorlagen des Kreisausschusses

- | | | |
|---|--|--------------|
| 3.1 | Einbringung der Haushaltssatzung des Hochtaunuskreises für das Haushaltsjahr 2014, des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2013 bis 2017, des Haushaltssicherungskonzeptes sowie des Wirtschaftsplanes der Oberurseler Werkstätten für das Wirtschaftsjahr 2014 | - |
| - Einbringungsrede des Landrates - | | |
| 3.2 | Jahresberichte für das Jahr 2012 der Patientenfürsprecherinnen im Hochtaunuskreis gemäß § 7 Abs. 3 Hessisches Krankenhausgesetz | 2013/0558/KA |

Es wird vereinbart, folgende Tagesordnungspunkte **mit Aussprache** zu behandeln:

3. Vorlagen des Kreisausschusses

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 3.3 | Änderung des Gesellschaftsvertrags der Rhein-Main-Deponie (RMD) GmbH | 2013/0665/KA |
| 3.4 | RTW Planungsgesellschaft mbH
hier: Aufnahme neuer Gesellschafter und Erlangung der Vorhabenträgerschaft zur Durchführung des Planfeststellungsverfahrens | 2013/0667/KA |
| 3.5 | Flächendeckende Breitbandversorgung im Hochtaunuskreis | 2013/0673/KA |

5. Anträge

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 5.1 | Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU, GRÜNE, SPD, FDP und FWG Integrationsbeirat | 2013/0661/KT |
| 5.2 | Antrag der Gruppe DIE LINKE.
Prüfung einer sinnvollen Verwendung von Grundstücken im Besitz des Hochtaunuskreises | 2013/0675/KT |
| 5.3 | Antrag der FDP-Kreistagsfraktion
Kindertagespflege | 2013/0682/KT |
| 5.5 | Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Strukturelle Förderung der Kindertagespflege im Hochtaunuskreis | 2013/0688/KT |
| 5.6 | Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Gleichbehandlung von Eltern nach der Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen | 2013/0689/KT |

Gemeinsame Beratung der TOPe 5.3, 5.5, und 5.6

Die Sitzung wird für einen kleinen Imbiss unterbrochen.

1.2. Mitteilungen des Kreisausschusses

Herr Landrat Ulrich Krebs teilt mit, dass die Vorlage zum folgenden Tagesordnungspunkt zurückgezogen wird:

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 3.4 | RTW Planungsgesellschaft mbH
hier: Aufnahme neuer Gesellschafter und Erlangung der Vorhabenträgerschaft zur Durchführung des Planfeststellungsverfahrens | 2013/0667/KA |
|-----|---|--------------|

1.3. Mitteilungen der Ausschüsse

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Oehm, verweist auf das Protokoll.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Freizeit, Herr Dr. Ausbüttel, verweist auf das Protokoll.

Für den Ausschuss Jugend, Soziales und Integration wird auf das Protokoll verwiesen.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt, Frau Staab, verweist auf das Protokoll.

2. Fragestunde

2.1. Schließung der Asylbewerberunterkunft „An den drei Hasen“

2013/0693/F

Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft beantwortet die Frage

„Der Kreistag hat am 19.09.2011 beschlossen: „Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Asylbewerberunterkunft „An den drei Hasen“ unter Berücksichtigung der bestehenden vertraglichen Bindungen zu schließen, sobald die hierfür erforderlichen alternativen Unterbringungsmöglichkeiten unter Mithilfe der Städte und Gemeinden geschaffen werden konnten.“

Weiterhin hat der Kreistag am 24.09.2012 beschlossen: „Der Kreisausschuss wird gebeten, weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, die eine baldige Schließung des Containerlagers für Asylsuchende in Oberursel möglich machen.

Die Unterkunft ist weiterhin voll belegt, die Wohnsituation hat sich seit zwei Jahren nicht verbessert, eher im Gegenteil.

Frage:

Wann wird das Containerlager gemäß der aktuellen Beschlusslage geschlossen?“

wie folgt:

„Da es mit Sicherheit auch der fragestellenden Fraktion nicht verborgen geblieben ist, dass seit der Beschlussfassung des Kreistages sich die Zahl der vom Hochtaunuskreis unterzubringenden Asylbewerberinnen und Asylbewerber nahezu verdoppelt hat, lautet die Antwort folgerichtig auch gemäß dem Beschluss: Sobald die hierfür erforderlichen alternativen Unterbringungsmöglichkeiten unter Mithilfe der Städte und Gemeinden geschaffen werden konnten.“

Auf folgende Zusatzfrage von Frau Herr

„Kann ich Ihre Antwort dahingehend verstehen, dass momentan der Beschluss, dass Containerlager zu schließen, nicht umgesetzt werden kann.“

antwortet Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft wie folgt:

„Der Beschluss könnte umgesetzt werden, sobald wir über alternative Unterbringungsmöglichkeiten verfügen, über die wir nicht verfügen, weil die Zahl der unterzubringenden Asylbewerberinnen und Asylbewerber sich seit dem Zeitpunkt der Beschlussfassung des Kreistages verdoppelt hat.“

Auf eine folgende Zusatzfragen von Herrn Dr. Müllerleile

„Stimmt es, das die Tendenz besteht, die Container zu erneuern und das Asylbewerberheim praktisch auf Dauer dort zu belassen, wo es jetzt ist, weil geringe Aussichten bestehen, dass die anderen Gemeinden ihren Verpflichtungen nachkommen?“

antwortet Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft wie folgt:

„Ich empfehle, weil dies zur Frage 2.2 hereinspielt, dass wir die miteinander verbinden. Wobei ich eins allerdings deutlich machen will, weil der Herr Kollege Dr. Müllerleile unterstellt hat, dass die anderen Städte und Gemeinden ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, dass Gott sei Dank mittlerweile dort die Einsicht vorhanden ist, nachdem wir kurzfristig auch zur quotalen Verteilung

greifen mussten, dass von dort sehr wohl mittlerweile Unterbringungsmöglichkeiten angeboten und von uns auch genutzt werden. Und was den Bestand in Oberursel angeht, da würde ich gerne antworten, wenn wir dies mit der nächsten Frage verbinden könnten.“

2.2. kurzfristige Verbesserungen der Wohnsituation für Flüchtlinge in der Asylbewerberunterkunft „An den drei Hasen“ 2013/0694/F

Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft beantwortet die Frage

„Der Kreistag hat am 19.09.2011 beschlossen: „Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Asylbewerberunterkunft „An den drei Hasen“ unter Berücksichtigung der bestehenden vertraglichen Bindungen zu schließen, sobald die hierfür erforderlichen alternativen Unterbringungsmöglichkeiten unter Mithilfe der Städte und Gemeinden geschaffen werden konnten.“

Nachdem die Unterkunft weiterhin voll belegt ist und alternative Unterbringungsmöglichkeiten seit zwei Jahren nicht im erforderlichen Umfang organisiert wurden, stellt sich die Frage nach kurzfristigen Verbesserungen der Wohnsituation in der Asylbewerberunterkunft „An den Drei Hasen“ in Oberursel.

Frage:

Welche Planungen bestehen derzeit, die derzeitige Wohnsituation in der Asylbewerberunterkunft „An den drei Hasen“ kurzfristig zu verbessern?“

wie folgt:

„Unabhängig von der Suche nach alternativen Unterbringungsmöglichkeiten, prüfen wir derzeit, ob und wie es möglich ist, die bestehenden alten Container durch neue moderne Wohncontainer im „laufenden Betrieb“ austauschen zu lassen. Sobald hierzu ein abschließendes Konzept vorliegt, werden wir selbstverständlich Kontakt mit der Stadt Oberursel aufnehmen. Erste diesbezügliche Kontakte haben bereits stattgefunden.“

Auf die Zusatzfrage von Herrn Vorlaeufer-Germer

„Ich habe der Presse entnommen, dass in der Wetterau die Asylbewerber in einer Art Containersystem untergebracht werden. Werden die Erfahrungen des Wetteraukreises für den Hochtaunuskreis von Interesse sein, dass man dies eventuell übernehmen könnte?“

antwortet Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft wie folgt:

„Wir überprüfen generell alle Möglichkeiten inklusive auch die entsprechenden Hersteller derartiger geeigneter Wohncontainer. Dazu gehört auch der Lieferant, der dort diese Container angeboten und realisiert hat.“

2.3. Beendigung der Unterbringung von Familien in der Asylbewerberunterkunft „An den drei Hasen“ 2013/0695/F

Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft beantwortet die Frage

„Der Kreistag hat am 19.09.2011 beschlossen: „Die Unterbringung von Kindern, Familien und Frauen in der Asylbewerberunterkunft ist dabei prioritär und zeitnah zu beenden.“

Weiterhin hat der Kreistag am 24.09.2013 beschlossen: „Der Kreistag begrüßt, dass der erste Schritt erfolgreich abgeschlossen wurde und dort keine Familien, bis auf eine (die ausdrücklich auf eigenen Wunsch dort bleiben will), mehr wohnen.

Auf Nachfrage der GRÜNEN Kreistagsfraktion wurde im Kreistag am 6. Mai 2013 bestätigt, dass 2012 und im laufenden Jahr 2013 zwischen 8 und 15 Kinder regelmäßig in der Asylbewerberunterkunft leben.

Frage:

Wann werden die Kreistagsbeschlüsse so umgesetzt, dass keine Kinder mehr in der Asylbewerberunterkunft wohnen müssen?“

wie folgt:

„Nachdem es vor gut einem halben Jahr gelungen war – da haben die Fragesteller schon darauf hingewiesen –bis auf eine Familie, die dort in der Unterkunft bleiben wollte, Familien und Alleinerziehende mit Kindern dezentral unterzubringen, war und ist es aufgrund der starken Zuweisung nicht auszuschließen, dass kurzfristig auch Kinder dort eingewiesen werden müssen. Wir bemühen uns jedoch jeweils kurzfristig nach Alternativen zu suchen. Dies ist auch in den genannten Fällen mit den acht bis fünfzehn Kindern geschehen. Das heißt, die Anzahl von denen, die heute hier sind, ist nicht identisch mit denen, die beispielsweise bei meiner Auskunft im Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration dort untergebracht waren. Die konnten mittlerweile zum Großteil in dezentrale Wohnungen umziehen.“

Auf die Zusatzfrage von Frau Herr

„Können Sie mir sagen, wie lange die Kinder dort durchschnittlich wohnen? Auf meiner Nachfrage im Mai, sind wir durchaus noch von längeren Zeiten ausgegangen, die die Kinder dort sind. Ihre Antwort verstehe ich jetzt so, dass Sie tatsächlich für einen kurzen Zeitraum (eine bis drei Wochen und nicht länger) dort leben. Ist das richtig?“

antwortet Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft wie folgt:

„Ich kann mich jetzt nicht auf eine, zwei oder drei Wochen festlegen. Es können auch vier oder fünf Wochen sein. Je nachdem wie schnell wir mit Hochdruck Alternativen beschaffen. Das Problem besteht darin, dass wir in aller Regel donnerstags, wenn wir Glück haben, oftmals auch freitags, erfahren, wie viele Personen montags ankommen. Und anhand der Liste, die uns freitags erreicht, erfahren wir auch erst, ob es Alleinstehende sind, ob es Familien sind oder ob es ältere Personen sind. Und da bleibt es nicht aus, um diesen Menschen montags ein Dach über den Kopf anbieten zu können, dass zur Not auch freie Plätze in Oberursel dafür genutzt werden müssen. Allerdings bemühen wir uns in jedem Einzelfall kurzfristig dann geeignete Alternativwohnungen zu beschaffen, bevorzugt für Familien oder Alleinerziehende mit Kindern. Und dies ist uns in den vergangenen Monaten eigentlich stets gelungen.“

2.4. Nutzung der ehemaligen Hausmeisterwohnungen „Hoher Weg“ als Unterkünfte für Asylbewerber 2013/0696/F

Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft beantwortet die Frage

„Die Hausmeisterwohnungen der „alten“ PRS in Friedrichsdorf wurden bis vor kurzem noch durch Hausmeister genutzt und stehen jetzt leer.

Frage:

Warum sind die Wohnungen jetzt nicht kurzfristig zur Unterbringung von Asylbewerbern zu nutzen?“

wie folgt:

„Die Wohnungen können deshalb nicht für die Unterbringung von Asylbewerbern genutzt werden, weil dieser Grundstücksteil mit den aufstehenden Altgebäuden, im Einvernehmen mit der Stadt Friedrichsdorf, kurzfristig zum Verkauf angeboten wird. Sie werden wahrscheinlich im Laufe der nächsten 14 Tage dies entsprechend in Anzeigen nachvollziehen können. Die Stadt hat dort Wohnbebauung vorgesehen und mit dem Verkaufserlös soll ein Teil der Investitionskosten für den Neubau der neuen Philipp-Reis-Schule refinanziert werden.“

Auf folgende Zusatzfrage von Herrn Keitel

„Meines Erachtens wird die Philipp-Reis-Schule die nächsten sechs Monate nicht abgerissen. Meinen Sie nicht, dass durch eine solche Maßnahme die Lage entspannt werden könnte?“

antwortet Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft wie folgt:

„Wie bereits dargelegt, sind wir immer, und zwar von montags bis sonntags einschließlich, auf Entspannung bedacht und haben bisher stets es immer wieder geschafft, dass wenn wir donnerstags oder freitags erfahren haben, wie viele Personen wir unterzubringen haben, die montags auch tatsächlich unterzubringen. Also insofern schaffen wir dies bis heute unter Zuhilfenahme und mit den Angeboten von den Städten und Gemeinden auch ohne diese Hausmeisterwohnung, mit der wir allerdings sämtliche Verkaufsabsichten logischerweise unterlaufen würden. Und aufgrund der Finanzsituation des Kreises sind wir hier ein Stückweit in der Pflicht, auch was vorangegangene Aussagen und Haushaltspläne gegenüber dem RP angehen.“

2.5. **Ausnutzung Landratsamt**

2013/0697/F

Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft beantwortet die Frage

„Nachdem die Arbeitsagentur aus dem Landratsamt ausgezogen ist, werden Büroräume vermutlich nicht mehr genutzt.“

Frage:

Wie viele Personen sind zum 28.02.2013 aus dem Landratsamt ausgezogen, wie viele Personen sind seitdem wieder eingezogen, wie viele Büros stehen leer?“

wie folgt:

„Die Bundesagentur für Arbeit nutzte im Haus 5 die Ebenen 0, 2 und 3. Insgesamt standen hier 51 Räume mit einer Arbeitsplatzkapazität von 65 Plätzen zur Verfügung. Allerdings wurden nicht alle Büros genutzt und viele Doppelzimmer waren nur mit einem Kollegen besetzt.“

Im Zuge der Zusammenfassung aller Fachbereiche des Kommunalen Jobcenters wurde durch Baumaßnahmen hier die Raumkapazität auf 60 Zimmer mit insgesamt 75 Arbeitsplätzen erhöht. Zusätzlich wurden eine Eingangszone und vier neue Archivräume geschaffen.

Durch den Auszug der Bundesagentur und die entsprechenden Umbaumaßnahmen war es uns jetzt möglich, das kommunale Jobcenter komplett in einem Haus unterzubringen.

Insgesamt sind in die ehemaligen Räume der Bundeagentur 66 Personen umgezogen, wobei hier zu berücksichtigen ist, dass die Teamleiter generell Doppelzimmer alleine nutzen, in der Eingangszone im Erdgeschoß drei Beratungszimmer zur Verfügung stehen und in jedem der vier Leistungsteams ein NN-Platz als Notfallreserve berücksichtigt ist.

Im Zuge dieser Zusammenlegung wurde zudem bei anderen Fachbereichen die räumliche Situation verbessert und Bereiche wieder enger zusammengelegt, die aufgrund von damals fehlenden Raumkapazitäten innerhalb der Ludwig-Erhard-Anlage „verstreut“ untergebracht waren, obwohl es jeweils die gleichen Fachbereiche waren.

Insgesamt sind im Zuge dieser Umzugsmaßnahmen in einem Zeitraum vom 22.04. bis 03.06.2013 206 Kolleginnen und Kollegen aus 22 Fachbereichen umgezogen.

Zudem werden die Taunusdienste Ende des Jahres aus ihrer Außenstelle in der Benzstraße in Bad Homburg in das Bürogebäude Ludwig-Erhard-Anlage umziehen.“

Auf die Zusatzfrage von Keitel

„Was hat der Umzug gekostet?“

antwortet Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft wie folgt:

„Das haben wir insgesamt überwiegend mit Bordmitteln gemacht, das heißt, die Leute haben ihre Kartons selbst gepackt. Die haben die selbst am Wochenende zum Teil aus der Benzstraße, wo es jetzt schon losgeht, hierher geschleppt. Insofern müssten wir über die Zeiterfassung überprüfen, wie viele Überstunden geleistet wurden. Das haben wir bis heute noch nicht getan, da noch nicht alles abgeschlossen ist. Darüber hinaus haben wir aber sehr wohl die Gegenrechnung aufgestellt, ob es nicht sinnvoller ist, alles zentral in einem Haus von einem Fachbereich hier unterzubringen. Im Gegenzug zu der Feststellung, was die Miete beispielsweise in der Benzstraße gekostet hätte. Und da kamen wir aus vielerlei Gründen, auch aus Synergiegründen, zu dem Ergebnis, dass zentral hier im Haus 5 alles besser untergebracht ist. Zumal dies auch für die Antragssteller den Vorzug hat, dass sie dann in einem Haus und nicht in fünf verschiedenen Häusern ihre Ansprechpartner in Zukunft finden.“

3. Vorlagen des Kreisausschusses

3.1. Einbringung der Haushaltssatzung des Hochtaunuskreises für das Haushaltsjahr 2014, des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2013 bis 2017, des Haushaltssicherungskonzeptes sowie des Wirtschaftsplanes der Oberurseler Werkstätten für das Wirtschaftsjahr 2014

Herr Landrat Ulrich Krebs hält die Einbringungsrede zum Haushalt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), GRÜNE (15), SPD (11), FDP (5), FWG (4), DIE LINKE. (2),
Piraten (1), REP (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss:

„Der Entwurf der Haushaltssatzung des Hochtaunuskreises für das Haushaltsjahr 2014, Finanzplan und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2013 bis 2017 sowie das Haushaltssicherungskonzept

wird

1. an den **Haupt- und Finanzausschuss** als federführenden Ausschuss zur Gesamtbehandlung

und

2. an die nachstehenden Ausschüsse insoweit, als deren Aufgabenbereich berührt ist, zur Beratung überwiesen:

- **Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Freizeit**
- **Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration**
- **Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt**

Die unter 2. bezeichneten Ausschüsse haben ihre Beratungsergebnisse dem Haupt- und Finanzausschuss als federführenden Ausschuss rechtzeitig vor seiner Haushaltsberatung am **09.12.2013** zuzuleiten.“

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), GRÜNE (15), SPD (11), FDP (5), FWG (4), DIE LINKE. (2),
Piraten (1), REP (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss:

„Der Entwurf des Wirtschaftsplanes der Oberurseler Werkstätten für das Wirtschaftsjahr 2014

wird

1. an den **Haupt- und Finanzausschuss** als federführenden Ausschuss zur Gesamtbehandlung

und

2. an den **Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration** insoweit, als dessen Aufgabenbereich berührt ist, zur Beratung überwiesen.

Der unter 2. bezeichnete Ausschuss hat sein Beratungsergebnis dem Haupt- und Finanzausschuss als federführenden Ausschuss rechtzeitig vor seiner Haushaltsberatung am **09.12.2013** zuzuleiten.“

3.2. Jahresberichte für das Jahr 2012 der Patientenfürsprecherinnen im Hochtaunuskreis gemäß § 7 Abs. 3 Hessisches Krankenhausgesetz 2013/0558/KA

Der Kreistag nimmt die Berichte der Patientenfürsprecherinnen im Hochtaunuskreis zur Kenntnis.

Die Gelegenheit nutzend, bedankt sich der Kreistagsvorsitzende Manfred Gönsch bei den Patientenfürsprecherinnen für deren Engagement.

3.3. Änderung des Gesellschaftsvertrags der Rhein-Main-Deponie (RMD) GmbH 2013/0665/KA
Änderungsantrag der FWG-Kreistagsfraktion 2013/0665/KA/1

Herr Esser begründet den Änderungsantrag der FWG-Kreistagsfraktion.

Es folgt eine Aussprache.

2013/0665/KA/1

Abstimmungsergebnis:

Ja: FDP (5), FWG (4), Piraten (1), REP (1)
 Nein: CDU (23), GRÜNE (15), SPD (11)
 Enthaltung: DIE LINKE. (2)

abgelehnter Beschluss:

„Der Abs. 1 (neu) wird dahingehend geändert, dass ... Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien im Gebiet des Main-Taunus-Kreises und des Hochtaunuskreises innerhalb der Kreisgrenzen, nach Maßgabe ..“

2013/0665/KA

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (11)
 Nein: GRÜNE (15), FDP (5), FWG (4), Piraten (1), REP (1)
 Enthaltung: DIE LINKE. (2)

gefasster Beschluss

„Es wird beschlossen folgende Änderungen des unter § 2 im Gesellschaftsvertrag der RMD GmbH geregelten Unternehmensgegenstandes, vorzunehmen:

Abs. 1 (alt):

Zweck der Gesellschaft ist die Beseitigung, Verwertung oder sonstige Entsorgung von Abfall aller Art, insbesondere auf dem Gebiet der Deponie Wicker und der Deponie Brandholz, einschließlich

der Deponienachsorge sowie der Natur- und Landschaftspflege, um hierdurch eine dem Allgemeinwohl dienende umweltverträgliche, zuverlässige, flächendeckende und kostenbewusste Abfallentsorgung zu gewährleisten. Weiterer Zweck der Gesellschaft ist im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes und zur Sicherung einer nachhaltigen sowie flächendeckenden Energieversorgung der Bau und Betrieb von Anlagen zur Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Hessischen Gemeindeordnung.

Abs. 1 (neu)

Zweck der Gesellschaft ist die Beseitigung, Verwertung oder sonstige Entsorgung von Abfall aller Art, insbesondere auf dem Gebiet der Deponie Wicker und der Deponie Brandholz, einschließlich der Deponienachsorge sowie der Natur- und Landschaftspflege, um hierdurch eine dem Allgemeinwohl dienende umweltverträgliche, zuverlässige, flächendeckende und kostenbewusste Abfallentsorgung zu gewährleisten. Weiterer Zweck der Gesellschaft ist im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes und zur Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung der Bau und Betrieb von Anlagen zur Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien im Gebiet des Maintaunus-Kreises, des Hochtaunuskreises und in Ausnahmefällen, des regionalen Umfelds, nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der HGO.“

- 3.4. **RTW Planungsgesellschaft mbH** **2013/0667/KA**
hier: Aufnahme neuer Gesellschafter und Erlangung der Vorhabenträgerschaft zur Durchführung des Planfeststellungsverfahrens

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

- 3.5. **Flächendeckende Breitbandversorgung im Hochtaunuskreis** **2013/0673/KA**
Änderungsantrag der FWG-Kreistagsfraktion **2013/0673/KA/1**
Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion **2013/0673/KA/2**
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE **2013/0673/KA/3**

Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft begründet die Vorlage des Kreisausschusses.

Herr Hohmann begründet den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion.

Herr Dr. Naas begründet den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion.

Frau Enslin begründet den Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.

Es folgt eine Aussprache, in deren Verlauf Herr Kreisbeigeordneter Uwe Kraft für den Kreisausschuss Stellung nimmt.

2013/0673/KA/2

Abstimmungsergebnis:

Ja: GRÜNE (14), FDP (5), FWG (4)
 Nein: CDU (23), SPD (10), DIE LINKE. (2), Piraten (1)
 Enthaltung: REP (1)

abgelehnter Beschluss

„Der Beschlusstext des Kreistages vom 14.11.2011 wird wie folgt ergänzt:

Dort wo der Ausbau durch geeignete Anbieter erfolgt, ist zu klären, bis wann diese Arbeiten abgeschlossen sind. Dort wo es keine geeigneten Anbieter gibt, wird der Hochtaunuskreis den Ausbau bei finanzieller Beteiligung durch die betroffenen Gemeinden bis Ende 2015 eine Vollversorgung, sicherstellen. Die notwendigen Haushaltsmittel werden in die Haushalte 2014 und 2015, jeweils mit einem Sperrvermerk zugunsten des Kreistages, eingestellt.“

2013/0673/KA/1

Abstimmungsergebnis:

Ja: GRÜNE (14), FDP (5), FWG (4), REP (1)
 Nein: CDU (23), SPD (10), DIE LINKE. (2), Piraten (1)
 Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

„Der Beschlusstext des Kreistages vom 14.11.2011 wird wie folgt ergänzt: Dort wo der Ausbau durch geeignete Anbieter erfolgt, ist zu klären, bis wann diese Arbeiten abgeschlossen sind. Dort wo es keine geeigneten Anbieter gibt, wird der Hochtaunuskreis den Ausbau, und bis Ende 2015 eine Vollversorgung, sicherstellen. Die notwendigen Haushaltsmittel werden in die Haushalte 2014 und 2015 eingestellt.“

2013/0673/KA/3

Abstimmungsergebnis:

Ja: GRÜNE (14), FDP (5), FWG (4)
 Nein: CDU (23), SPD (10), DIE LINKE. (2), Piraten (1)
 Enthaltung: REP (1)

abgelehnter Beschluss

„Der Beschlussvorschlag 2013/0673/KA „Flächendeckende Breitbandversorgung im Hochtaunuskreis“ wird nach dem zweiten Absatz (... zu beachten.) mit folgendem Satz ergänzt:

„Der Kreisausschuss prüft mögliche Fördermöglichkeiten von Bund und Land und legt diese vor. Erst dann werden eine endgültige Strategie bezüglich des Breitbandausbaus für unterversorgte Gebiete festgelegt und eventuell notwendige Fördermittel des Kreises bewilligt.““

2013/0673/KA

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), GRÜNE (15), SPD (10), DIE LINKE. (2), Piraten (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: FDP (5), FWG (4), REP (1)

gefasster Beschluss

„Es wird beschlossen, für jene Kommunen des Hochtaunuskreises bzw. deren Stadt-/Ortsteile, in denen trotz entsprechender Bedarfsnachfrage ein rein marktbetriebener Ausbau der schnellen Internetverbindungen im Sinne des „Next Generation Access“ nicht erfolgen wird, durch Bereitstellung entsprechender Ressourcen einen adäquaten Breitbandausbau zu fördern. Der Kreisausschuss wird beauftragt, die hierzu erforderlichen Veranlassungen in Zusammenarbeit mit den hiervon betroffenen Gemeinden zu treffen. Dabei sind die Maßgaben des EU-Beihilferechts sowie der Bundesrahmenregelung Leerrohre (BRLR) zu beachten. Die Maßnahme steht unter dem Vorbehalt der zur Verfügungstellung von Haushaltsmitteln und der aufsichtsbehördlichen Genehmigung des Haushaltsplans des Hochtaunuskreises.“

5. Anträge**5.1. Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU, GRÜNE, SPD, FDP und FWG 2013/0661/KT Integrationsbeirat**

Vertreter der antragsstellenden Fraktionen begründen den interfraktionellen Antrag.

Es schließt sich eine Aussprache an.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), GRÜNE (13), SPD (10), FDP (5), FWG (4), DIE LINKE. (2), Piraten (1)
 Nein: REP (1)
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschlusstext

„Der Kreisausschuss wird gebeten, auf der Grundlage der „Stellungnahme zur Einrichtung eines Kreisintegrationsbeirates (Antrag 2013/0541/KT/2)“ einen Integrationsbeirat für den Hochtaunuskreis zu berufen. Der Kreistag ist über die eingeleiteten Maßnahmen zu informieren.“

5.2. Antrag der Gruppe DIE LINKE. 2013/0675/KT
Prüfung einer sinnvollen Verwendung von Grundstücken im Besitz des Hochtaunuskreises
Änderungsantrag der FWG-Kreistagsfraktion 2013/0675/KT/1

Frau Lohnes begründet den Antrag der Gruppe DIE LINKE..

Herr Esser begründet den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion.

Frau Schmidt beantragt die Überweisung des Antrages 2013/0675/KT in den Haupt- und Finanzausschuss zur endgültigen Beschlussfassung.

Im Verlauf der Diskussion zieht Herr Esser den Änderungsantrag der FWG-Kreistagsfraktion zurück.

Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (10)
 Nein: GRÜNE (13), FDP (5), FWG (4), DIE LINKE. (2), Piraten (1), REP (1)
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

„Der Kreistag überweist folgenden Antrag zur endgültigen Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss:

„Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, wie eine für den Hochtaunuskreis sinnvolle Nutzung der beiden folgenden Grundstücke möglich ist:

1. Ehemaliges Taunus-Kinderheim, Gemarkung Wehrheim (Nähe Bahnhof Lochmühle, Flur 42, Flurstück 84/2),
2. Grundstück und Gebäude des ehemaligen Bundesausgleichsamtes in Bad Homburg.

Es soll v. a. geprüft werden, ob ein Verkauf der beiden Grundstücke möglich ist und welcher Preis erreicht werden könnte. Im Fall des Taunus-Kinderheims hat dies selbstverständlich unter Berücksichtigung des bestehenden Erbbaurechtsvertrags zu erfolgen. Hier ist zunächst zu klären, unter welchen Bedingungen und zu welchem frühestmöglichen Zeitpunkt dieser Vertrag beendet werden könnte.

Die Ergebnisse der Prüfung sollen dem Haupt- und Finanzausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Beratung des Haushalts 2014 vorgelegt werden.““

5.3.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion Kindertagespflege	2013/0682/KT
	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE	2013/0682/KT/1
5.5.	Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE Strukturelle Förderung der Kindertagespflege im Hochtaunuskreis	2013/0688/KT
5.6.	Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE Gleichbehandlung von Eltern nach der Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen	2013/0689/KT

Herr Kilb begründet folgenden Antrag der FDP-Kreistagsfraktion:

2013/0682/KT

„Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag über den Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration einen Bericht über die Entwicklung der Fallzahlen der besetzten Plätze in der Kindertagespflege im Hochtaunuskreis und im Vergleich zu anderen Gebietskörperschaften seit 2007 vorzulegen.

Darüber hinaus wird der Kreisausschuss gebeten, die aktuell unterschiedlichen Förderungen je Kind im Hochtaunuskreis darzustellen (Kindertageseinrichtung im Vergleich zu Kindertagespflege).

Bei geringerer finanzieller Förderung je Kind in der Kindertagespflege wird der Kreisausschuss gebeten, ein Konzept vorzulegen, wie die finanzielle Gleichberechtigung erreicht werden kann und gegebenenfalls entsprechende Mittel im Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2014 zu berücksichtigen.“

Er erklärt diesen ursprünglichen Antrag als gegenstandslos, da sich die Antragssteller dem Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE 2013/0682/KT/1 anschließen.

Frau Herr begründet den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE 2013/0682/KT/1 sowie den Antrag 2013/0688/KT.

Aufgrund des eingebrachten, und mit der FDP abgestimmten, Änderungsantrages ihrer Fraktion, zieht sie folgenden Antrag zurück.

2013/0689/KT

„Der Kreisausschuss wird gebeten, die aktuell geltende Satzung „Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen“ sowie die Verwaltungsausführung auf die Gleichbehandlung von Eltern, die ihre Kinder in unterschiedlichen Einrichtungen betreuen lassen, zu überprüfen und dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration einen Bericht vorzulegen.

Sollte eine Ungleichbehandlung nach der aktuell geltenden Satzung oder nach der Verwaltungspraxis vorkommen, wird der Kreisausschuss gebeten, Lösungsvorschläge in dem Prüfbericht vorzulegen.“

Es folgt eine Aussprache, in deren Verlauf Frau Gottschalk beantragt, die Anträge 2013/0682/KT/1 und 2013/0688/KT in den Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration zur endgültigen Beschlussfassung zu überweisen.

In der weiteren Debatte wird klargestellt, dass eine Überweisung der Anträge automatisch die Aufnahme der Anträge auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration zur Folge hat.

2013/0682/KT/1

Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), GRÜNE (13), SPD (10), FDP (5), FWG (4), DIE LINKE. (2), Piraten (1), REP (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

„Der Kreistag überweist folgenden Antrag zur endgültigen Beschlussfassung in den Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration:

„Zur Lösung der aktuellen Probleme in der Kindertagespflege wird der Kreisausschuss gebeten, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1.

Der Kreisausschuss wird gebeten zur nächsten Kreistagssitzung, eine Änderung der aktuell geltenden Satzung zur Kindertagespflege vorzulegen, die folgende Eckpunkte beinhaltet:

- Der Kreis hebt seine Förderung auf 5,50 €/Stunde an
- Von den Eltern erhebt der Kreis eine Kostenbeteiligung von 3,00 €/Stunde

- Die direkten Verträge zwischen Tagesmutter und Eltern entfallen
- Eine Gleichbehandlung von Eltern, die ihre Kinder in unterschiedliche Betreuungsformen geben (Geschwisterbonus)

Mehreinnahmen und –ausgaben aus den vorgenannten Änderungen sind als Änderung zum eingebrachten Haushaltsentwurf 2014 vorzunehmen.

2.

Der Kreisausschuss wird gebeten, die aktuell geltende Satzung „Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen“ sowie die Verwaltungsausführung auf die Gleichbehandlung von Eltern, die ihre Kinder in unterschiedlichen Einrichtungen betreuen lassen, zu überprüfen und gegebenenfalls eine Änderung der Satzung zur nächsten Kreistagsitzung vorzulegen.

Sollte die Ungleichbehandlung nach der aktuell geltenden Satzung nur auf Verwaltungspraxis basieren, wird der Kreisausschuss gebeten, die Verwaltungspraxis schnellstmöglich zu ändern und den Ausschuss für Jugend, Soziales in Integration zu informieren.““

2013/0688/KT

Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), GRÜNE (13), SPD (10), FDP (5), FWG (4), DIE LINKE. (2), Piraten (1), REP (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

„Der Kreistag überweist folgenden Antrag zur endgültigen Beschlussfassung in den Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration:

„Der Kreisausschuss wird gebeten, zur aktuellen Situation der Kindertagespflege im Hochtaunuskreis einen schriftlichen Bericht im Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration vorzulegen.

Dazu sind Vertreterinnen aus der Tagespflege einzuladen und anzuhören.

Dieser Bericht soll konstruktive Lösungsmöglichkeiten für die bestehenden strukturellen Probleme im Tagespflegebereich aufzeigen.

Es soll u.a. dargestellt werden,

- wie sich die mit hohem bürokratischem Aufwand für Tagespflegepersonen und Kreis verbundene stundenweise Abrechnungspraxis vereinfachen lässt.
- wie die bisherigen Modelle zu Vertretungsregelung verbessert werden können, so sie denn praktiziert werden
- wie die Planungssicherheit für Tagesmütter verbessert werden kann, u.a. unter Berücksichtigung einer sog. „Freihaltepauschale“.
- wie geeignete Modelle inklusiver Betreuung durch Tagespflegepersonen gestaltet werden könnten.
- welche Fördermodelle seitens des Hochtaunuskreises möglich wären, die die Preisunterschiede zwischen den Betreuungsarten zumindest teilweise kompensieren könnten.““

**5.4. Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Ergänzung Schulentwicklungsplan
„integriertes Konzept für Schulentwicklung“**

2013/0685/KT

Der Antrag wurde von der Kreistagsfraktion GRÜNE für eine spätere Sitzung zurückgestellt.

Der Kreistagsvorsitzende Manfred Gönsch bedankt sich für die Mitarbeit und teilt mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 16.12.2013 stattfindet.

Vorsitzende der Fraktionen, der Gruppe
sowie fraktions- und gruppenlose Abge-
ordnete

Manfred Gönsch
Vorsitzender

Frauenstein
Schriftführer